

PPCC-PAPER

Research and Studies in Politics

*Scientific Online Journal of the Public Policy Competence Center –
Expertise Hub of E-Democracy, State Modernization and Reform Policy*

PPCC-PAPER

Research and Studies in Politics

Volume 13 (2026), Edition 1

Redaktion

PD Dr. M. Reiners, info@dr-markus-reiners.de.

Einfluss öffentlicher Verwaltung auf staatlichen Wandel in Osteuropa

Autor

PD Dr. phil. habil. Markus Reiners M.A. ist Politikwissenschaftler und Direktor am wissenschaftlichen Think Tank Public Policy Competence Center, Expertise Hub of E-Democracy, State Modernization and Reform Policy sowie Mitherausgeber der PPCC-PAPERS, Research and Studies in Politics.

Zitation

Reiners, Markus (2026): Einfluss öffentlicher Verwaltung auf staatlichen Wandel in Osteuropa. In: PPCC-PAPER, Research and Studies in Politics. Scientific Online Journal of the Public Policy Competence Center, Expertise Hub of E-Democracy, State Modernization and Reform Policy. 13(1), 4-21.

Public Policy Competence Center | Expertise Hub of
E-Democracy, State Modernization and Reform Policy

Einfluss öffentlicher Verwaltung auf staatlichen Wandel in Osteuropa

Zusammenfassung

Die öffentliche Verwaltung spielt bei staatlichen Veränderungen und Modernisierungsprozessen eine bedeutende Rolle. So hat auch die Qualität der Administration einen Einfluss auf die Transformation osteuropäischer Staaten auf dem Weg in die Europäische Union. Um dies zu untermauern, wurden osteuropäische, ehemals sozialistisch oder kommunistisch ausgerichtete Staaten untersucht, die während der beiden größeren Eintrittswellen 2004 und 2007 Mitglieder der Europäischen Union geworden sind und demzufolge starken innerstaatlichen Veränderungen ausgesetzt waren. Mit einem quantitativen Forschungsdesign wird der These nachgegangen, ob eine funktionierende öffentliche Verwaltung einen positiven Effekt auf einen wirksameren und nachhaltigeren Wandel entfaltet. Es zeigt sich, dass eine gut arbeitende Verwaltung für die Transformation förderlich ist. Sie hat einen signifikant positiven Einfluss auf die Umgestaltung hin zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft.

Schlagworte: Verwaltung, Demokratie, Marktwirtschaft, Europäische Union, staatliche Transformation

Public administrations impact on transition

Abstract

Public administration plays an important key role in state changes and modernization processes. Therefore, the quality of administration has an influence on transition of eastern European states on their way to the European Union. To prove this, formerly socialist or communist countries were examined, that became members of the European Union during the two major waves of entry in 2004 and 2007, and thus had to complete internal modernization to more democracy and market economy. A quantitative research design was used to investigate whether a functioning administration has a strong positive impact on transition, its effectiveness, and sustainability. The result shows that a well-functioning administration is significantly conducive, and there is a positive impact on transition towards more democracy and market economy.

Key words: Administration, democracy, market economy, European Union, state transition

1. Kontext

Die Studie widmet sich dem Einfluss der Qualität der öffentlichen Verwaltung auf die Transformation osteuropäischer Staaten auf dem Weg in die Europäische Union (EU). Ein EU-Beitritt fördert derartige Transformationen, weil die Umsetzung von marktwirtschaftlichen und demokratischen Standards verlangt wird, die den Wandel von einer Plan- zur Marktwirtschaft umfassen, demnach auch von Autokratien hin zu demokratischen Staatsformen (vgl. Reiners 2013, 2016, 2025).

Seit Anfang der 1990er Jahre standen viele Staaten in Osteuropa vor einschneidenden Veränderungen. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wandten sie sich dem Westen, mehr Wohlstand und Demokratie zu. Noch Ende der 1980er Jahre schien es undenkbar, dass sich zentralwirtschaftlich organisierte Länder in die EU integrieren könnten. Bemerkenswert ist, neben der Überbrückung ideologischer Distanzen, die weitgehend gelungene Transformation zu marktwirtschaftlichen Demokratien, da eine externe Unterstützung, wie beispielsweise der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik durch die Bundesrepublik Deutschland, nicht vorgesehen war. Sodann nahm die EU in einem relativ knappen Zeitraum von 2004 bis 2007 zwölf neue Mitglieder auf, darunter zehn vormals sozialistisch oder kommunistisch geprägte Staaten, die als Untersuchungseinheiten fungieren, sogenannte Transformationsländer: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Diese Länder des Postsozialismus haben eine Konsolidierung durchlaufen. Aus Diktaturen wurden demokratische Staaten, deren Eliten sich unter den Bedingungen der Konkurrenzdemokratie auf eine marktwirtschaftliche Basis stützen. Die zehn Länder haben in kurzer Zeit ihr Staatssystem diametral verändert und die Standards der EU insoweit erfüllen können. Auch Zypern und Malta wurden 2004 zwar Mitglieder der EU, allerdings sind diese keine Transformationsländer in definiertem Sinne und demzufolge mangels Vergleichbarkeit von der Analyse exkludiert. Ferner kam viel später noch Kroatien hinzu (2013). Das Land fällt aus dem Vergleichszeitraum respektive der großen Beitrittswelle der Jahre 2004 und 2007 heraus und ist daher nicht von der Untersuchung umfasst (Wiesenthal 2001, S. 113–114; Willershausen 2002; Berend 2005, S. 401–416; Blokker 2005, S. 503; Haensch und Holtmann 2008, S. 610; Ismayr 2010, S. 9).

2. Forschungsstand und theoretische Einordnung

Die Administration der untersuchten Staaten war schon häufig Gegenstand verschiedener Studien. So befassten sich etwa Rice (1992), Balázs (1993), Newland (1996) oder Ellison (2007) mit der Situation der Verwaltung in post-kommunistischen Ländern Zentral- und Osteuropas. Auch der Einfluss der EU auf Reformen innerhalb potenzieller Beitrittsländer war vielfach Thema wissenschaftlicher Artikel. So widmen sich unter anderem Hughes, Sasse und Gordon (2004), Papadimitriou und Phinnemore (2004), Pippan (2004), Schimmelfennig und Sedelmeier (2004), Sedelmeier (2008) oder auch Epstein und Sedelmeier (2008) diesem Aspekt. Fragen zur Transformation wurden unter anderem von Sandschneider (1995), Merkel (1996) oder auch Weidenfeld (2001) beleuchtet (vgl. insgesamt Busch et al. 2014; Busch und Matthes 2004; Böttger 2020; Lippert 2020; Libman und Platzer 2021; Beichelt 2022; de Munter 2023 oder länderspezifisch z.B. Ahrens und Zweynert 2012; Kasekamp und Treichel 2013; Cianciara 2019; Damian 2019; Deimel 2020; Sapper, Weichsel und Handl 2023).

Neben dem Verständnis der Grundlagen der EU-Forschung ist nun zunächst auch die Frage bedeutsam, wie die Vorgänge theoretisch zu fassen sind. Der Wille eines EU-Beitritts hat der EU Macht für Veränderungen von Institutionen und Policies verliehen. Geht man von der öffentlichen Verwaltung als zentralem Akteur aus, kann erwartet werden, dass Maßnahmen umso besser verlaufen, je qualitativ hochwertiger die Administration funktioniert, was letztlich an den im vierten Kapitel dieses Beitrags aufgeführten Variablen respektive Indexwerten und Rangfolgen transparent wird. Reformschritte umzusetzen und aus Verhaltensmustern auszuberechnen erfordert daher eine entsprechende politische Steuerung über die jeweiligen Regierungen und Administrationen, denn diese sind explizit in der operativen Verantwortung (Schimmelfennig und Sedelmeier 2004, S. 126–141; Schimmelfennig und Sedelmeier 2007, S. 675–677).

Eine Verwaltung von hoher Qualität zeigt sich durch eine effiziente Implementation von Policies und durch ein generell effektives Ausführen von Regierungsvorgaben. Eine qualitative Verwaltung ist charakterisiert durch professionelles Personal, klare Entscheidungsregeln und Strukturen, Objektivität, Transparenz und Verantwortlichkeit. Eine solche handelt intermediär, mit der Regierung im Regierungskomplex mehr oder weniger verflochten, und stellt den Transmissionsriemen zwischen Regierenden und Regierten dar, was allein schon deren zentralen Status signalisiert (vgl. Rice 1992; Balázs 1993, S. 75–88; Ellison 2007; Haensch und Holtmann 2008, S. 620–625).

Politische Programme und Gesetzgebungsverfahren werden üblicherweise dort initiiert. Selbst wenn die Initiativen von anderen Akteuren ausgehen, werden die Vorschläge meist von der Ministerialverwaltung verarbeitet. Die öffentliche Verwaltung steht demzufolge bei der Umsetzung von EU-Standards und den konkreten Transformationsmaßnahmen im Vordergrund, denn sie ist vielfach die erste Stelle, an die nötige Veränderungen kommuniziert werden, die seitens der EU-Gremien in Auftrag gegeben werden. Sie setzt Standards, führt Gesetze aus, und sie ist letztlich für die Realisierung und Umsetzung verantwortlich. Sobald die Administration nicht effizient arbeitet besteht die Gefahr, dass der Prozess ins Stocken gerät (vgl. Scharpf 2000, S. 323; Benz 2001; Haensch und Holtmann 2008, S. 606–630; Nicolaidis 2004). Insgesamt ist es daher plausibel, dass die Qualität der Verwaltung einen großen Einfluss auf den Prozess hat, denn adressiert man die Verwaltung als Akteur, gerät unweigerlich deren zentrale Rolle im Politikzyklus in den Blick, beispielsweise beim Agenda-Setting, der Politikformulierung oder der Politikimplementation (vgl. z.B. Schuppert 2000; Bogumil und Jann 2009; Seibel 2016).

Diese Sichtweise lenkt den Blick fast zwangsläufig auf die sich anschließende Frage, ob Reformen vom politischen Institutionengefüge abhängig sind bzw. Strukturen Auswirkungen auf den Prozess und die Ergebnisse haben (vgl. z.B. Löffler 1998, S. 8). Die Politikwissenschaft, der Neoinstitutionalismus oder beispielsweise der akteurzentrierte Institutionalismus geben darauf eine klare Antwort: „Institutions matter“, mehr noch, eine neoinstitutionalistische Kernannahme ist, dass Institutionen einen erheblichen Einfluss auf politische Geschehnisse entfalten und Ergebnisse in hohem Maße auf die institutionelle Ausgangssituation rückführbar sind und in diesem Kontext besonders die Verwaltung eine herausragende Rolle spielt (vgl. z.B. Mayntz und Scharpf 1995; Hall und Taylor 1996; Zintl 1998; Kaiser 1999; Jansen 2000, S. 6; Scharpf 2000; Ostrom 2008; Reiners 2008, S. 30–31, 89; Peters 2019, S. 281–285).

Vielfach ist neben der Qualität der Verwaltung offenbar, dass prekäre finanzielle Rahmenbedingungen einen Paradigmenwechsel befördern. Mit Blick auf die Kontrollvariable steht daher ein Modernisierungsdruck im Zuge finanzieller Probleme im Fokus. Die Situation der öffentlichen Haushalte lässt sich an bestimmten Schlüsselindikatoren festmachen. Hierfür eignet sich der Schuldenzuwachs, die Gesamtverschuldung oder noch angemessener, weil in Beziehung zur Einwohnerzahl gesetzt, die Verschuldung pro Kopf (vgl. z.B. Reiners 2008, S. 39). Die jeweilige ökonomische Ausgangslage bzw. ein derartiger externer Druck stimuliert vielfach zu solchen Prozessen, denn als Auslöser für staatlichen Wandel gelten oft politische, soziale und/oder ökonomische Krisen respektive Vorstufen zu solchen und eine daraus resultierende Druckkulisse, wie beispielsweise Lerntheorien offenbaren. Gerade ökonomischer Druck bildet oftmals die Motivation und den Motor von Modernisierungsmaßnahmen. Dabei ist erkennbar, je stärker Krisenmerkmale perzipiert werden, desto höher ist vielfach die Bereitschaft in Strukturen und Traditionsbestände einzugreifen, auch wenn finanzielle Restriktionen eine Begrenzung der Modernisierungsfähigkeit bedeuten können (vgl. nur Hall 1993; Rose 1993, 2004; Sabatier und Jenkins-Smith 1993; Biegelbauer 2007, 2013; Haensch und Holtmann 2008, S. 607; Bandelow 2014; Reiners 2016, S. 17–18).

3. Hypothese und Anforderungsprofil seitens der EU

Die vorliegende Studie konzentriert sich auf gemeinsame Entwicklungslinien und Unterschiede zwischen den jeweiligen Administrationen. Alle Untersuchungseinheiten weisen grundlegend ähnliche systemische Vorbedingungen für die Transformation auf. Grundlegend ähnlich sind die Vorbedingungen deshalb, weil es sich durchweg um sozialistische oder kommunistische Systeme gehandelt hat, die überdies zur Aufnahme in die EU in engem zeitlichen Zusammenhang allesamt dieselben Standards erfüllen mussten. Bei allen ist dieser Prozess so verlaufen, dass ihrem Mitgliedsbegehren entsprochen werden konnte, was kein Selbstläufer ist. Um der EU beitreten zu können, müssen Normen und Richtlinien erfüllt und umgesetzt werden. Dies spricht für einen funktionierenden Verwaltungsapparat. Es liegt daher nahe, dass eine qualitativ besser funktionierende Verwaltung Veränderungen hin zu Demokratie und Marktwirtschaft wirkungsvoller und nachhaltiger umsetzen kann. Sie spielt bei der Umsetzung von EU-Standards und Modernisierungsprozessen vermutlich eine herausragende Rolle. Die normative Ausprägung oder Qualifizierung einer „qualitativ besser“ funktionierenden Verwaltung lässt sich empirisch über die noch darzulegenden Indexwerte und Rangfolgen beim Variablenstet fassen. Die Annahmen und theoretischen Fundierungen führen zur nomologischen *Hypothese* (Schimmelfennig und Sedelmeier 2004, S. 675–677; Ellison 2007, S. 221–232; Haensch und Holtmann 2008, S. 606–630; vgl. Beyme v. 1994, S. 192–194; Mayer und Palmowski 2004, S. 579–582):

Je höher die Qualität der Administration, desto besser verläuft die EU-Transformation.

Argumente gegen die These zu finden, fällt schwer, denn es erscheint nicht zuletzt aufgrund des theoretischen Kontexts intuitiv plausibel, dass die Verwaltungsqualität einen wichtigen Einfluss auf die Transformation hat. Vielmehr liegt es aufgrund der theoretischen Ausführungen nahe, dass die Hypothese folgerichtig sein könnte.

Die EU stellt Anforderungen an ihre Beitrittskandidaten, denn nur in Demokratie und Marktwirtschaft fortgeschrittene Länder haben eine Chance auf eine EU-Kandidatur (Schimmelfennig 2007, S. 126–141). Sie fordert

die Umsetzung liberal-demokratischer Normen zur Aufnahme in die Gemeinschaft. Durch die Forderung Policy-Reformen zu implementieren, kann die EU den Wandlungsprozess beeinflussen. Schimmelfennig und Sedelmeier diagnostizieren, dass die zentral- und osteuropäischen Länder, gerade dieser zwei größeren Beitrittswellen, viele hohe Auflagen erhalten, die Druck auf die Länder entfaltet haben (2004, S. 669).

Formal handelt es sich um mehrere Anforderungsstufen. 1993 wurden die „Kopenhagener Kriterien“ aufgestellt. Mit diesen wurde den Beitrittskandidaten eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit abverlangt, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu übernehmen. Hinzu kamen politische Kriterien: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie die Achtung von Minderheiten. Die Unterzeichnung des Europaabkommens diente sodann als Vorstufe zu offiziellen Beitrittsverhandlungen. Dieses ist von allen EU-Mitgliedern und dem betreffenden Staat zu ratifizieren. Es enthält erste vertragliche Vereinbarungen, die wirtschaftliche und politische Annäherung an die Gemeinschaft sicherzustellen. Die Untersuchungseinheiten schlossen mit der EU noch das Europaabkommen ab, welches fortan durch das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ersetzt wurde. Dieser Schritt stellt per se hohe Anforderungen an die Verwaltungsapparate, die im Vorfeld enorme Ressourcen aufwenden und effizient arbeiten mussten, ohne dass man sich eines Beitritts sicher sein konnte (Haensch und Holtmann 2008, S. 610–611). Nach erfolgreichen Verhandlungen folgt in der nächsten Stufe die Anerkennung als offizieller Beitrittskandidat, dann der Beitritt als vollwertiges Mitglied und schließlich die Ratifizierung des Beitrittsvertrags. Die Entscheidung hierüber überließen, außer Bulgarien und Rumänien, acht Länder ihrer Bevölkerung, die jeweils in einem Referendum über den EU-Beitritt abstimmen konnten (Gabriel 2008, S. 190–193; Trüdinger 2008, S. 221–223; Haensch und Holtmann 2008, S. 610–612).

4. Methode und Forschungsdesign

Kein Vergleich kann die Realität in ihrer Komplexität abbilden. Vergleiche haben es fast immer mit vielen Variablen zu tun, aber auch mit einer begrenzten Zahl geeigneter Fälle, was letztlich zu vielen Freiheitsgraden für die zu erklärende Varianz führt. Die Konzentration erfolgt daher auf die wohl entscheidenden Einflussgrößen und den wohl zentralen Akteur. Der analytische Fokus liegt auf Staaten mit grundlegend ähnlichen Voraussetzungen, deren EU-Beitritt in einem begrenzten Zeitraum der großen Beitrittswelle Mitte der 2000er Jahre erfolgte (vgl. Naßmacher 1991, S. 17–19; Hartmann 1995, S. 32; Vatter 2002, S. 25; Reiners 2008, S. 80–82).

Die Überprüfung des Zusammenhangs der Variablen basiert auf einem quantitativen Paradigma. Der Vergleichs-ansatz folgt der „method of difference“ bzw. einem „most similar system design“, mit Blick auf die Varianzen im Objektbereich respektive die Transformation. Es gilt zu eruieren, wie gut die Verwaltungsqualität die Transformation vorhersagen kann (Mill 1846; Hartmann 1995, S. 30; vgl. Lijphardt 1975, S. 164; Ragin 1987, S. 37; Atteslander 1995; Vatter 2002, S. 37; Kühnel und Krebs 2006; Schlittgen 2008; vgl. kritisch: Przeworski und Teune 1982, S. 34–36; Dogan und Pelassy 1984, S. 117–119). Für jedes Land sind Beobachtungen für neun Zeitpunkte verfügbar. Untersucht werden letztlich zehn Einheiten mit 90 Observationen. Diese konzentrieren sich circa auf den Zeitraum des EU-Übertritts und die folgenden sechzehn Jahre. Einen mehr retrograden Zeitraum zu betrachten ist aufgrund der Datenlage bei der abhängigen Variable kaum realisierbar. Der Zeitraum startet daher im Jahr 2004 und ist derart in die Zukunft – bis nahezu in die Gegenwart – gerichtet, weil eine Transformation

mit dem Beitritt sicher nicht abgeschlossen ist, wenngleich bestimmte Kriterien bis zum Beitritt zu erfüllen sind. Das Vorgehen erlaubt insgesamt einen Blick auf die Unterschiede zwischen den Staaten und die Entwicklungen.

Um die unabhängige Variable der Verwaltungsqualität numerisch zu fassen, werden Daten der Worldwide Governance Indicators (WGI) der Weltbank zu neun Erhebungszeitpunkten in Zweijahreszyklen von 2004 bis 2020 verwendet. In Zweijahresschritten deshalb, weil Daten der abhängigen Variable nur derartig vorliegen. Der erste Zeitpunkt (2004) bildet den EU-Beitritt von acht Staaten ab, der bei den Ländern Bulgarien und Rumänien jeweils etwas später (2007) erfolgte. Als weitere unabhängige Variable respektive Kontrollvariable wird für die gleichen Zeitpunkte der ökonomische Modernisierungsdruck aufgenommen, gemessen durch die Verschuldung in Relation zur Einwohnerzahl, auch um letztlich belegen zu können, dass der erstgenannten unabhängigen Variable unter Umständen eine relativ hohe Erklärungskraft zukommen könnte. Bei der abhängigen Variable, der Transformation, werden für die Erhebungszeitpunkte im Zweijahresrhythmus Daten des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) von 2006 bis 2022 verwendet. Aufgrund eines gewissen *Time lag* werden die Daten der unabhängigen Variablen mit denen der abhängigen Variable um zwei Jahre zeitversetzt korreliert, weil naheliegt, dass die Verläufe mit gewissen Verzögerungsmomenten einhergehen und die Ursachen nicht sofort eine Wirkung entfalten.

4.1 Unabhängige Variablen: Qualität der öffentlichen Verwaltung und Verschuldung

Die Operationalisierung der Verwaltungsqualität erfolgt über die Worldwide Governance Indicators. Die Weltbank stellt für nahezu alle Länder und Regionen sechs Indikatoren zusammen, die eine realistische Einschätzung der Staatsführung und -steuerung zulassen und ein generelles Bild der staatlichen Situation zeichnen. Die Indikatoren generieren sich aus Statistiken, Experteneinschätzungen und Umfragen, die von wissenschaftlichen Instituten, Think Tanks, NGO's und internationalen Organisationen bereitgestellt werden. Die Indikatoren lauten: Voice and Accountability, Political Stability and Absence of Violence, Government Effectiveness, Regulatory Quality, Rule of Law, Control of Corruption, somit um Mitspracherecht und Verantwortlichkeit, politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt, Leistungsfähigkeit der Regierung, staatliche Ordnungspolitik, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionskontrolle (World Bank 2022a).

In der Studie wird nur ein Indikator verwendet, da es in engerer Sicht lediglich um die Operationalisierung der Qualität des administrativen Apparates geht. Der Indikator Government Effectiveness (GE) bzw. die Leistungsfähigkeit der Regierung, und damit die mit ihr verflochtene Verwaltung, misst ausführlich die Qualität der Verwaltung, deren Unabhängigkeit von politischem Druck und die Qualität der Implementation von Policies. Somit stellt der Indikator GE durch mehrere repräsentative und nicht repräsentative Quellen eine umfassende Einschätzung der Verwaltung bereit, was eine weitgehend fundierte Analyse gewährleistet. Die Maßeinheit des Indikators ist der perzentile Rang des Landes in Bezug zu allen anderen Ländern. Je höher dieser Wert ist, desto besser funktioniert die Verwaltung. Erkennbar ist in Tabelle 1, dass Varianzen bestehen. So haben Länder wie Estland, Slowenien oder Tschechien höhere Werte. Hingegen liegen Länder wie Bulgarien oder Rumänien hinten. Die zehn Einheiten weisen folgende gerundeten Indexwerte und Rangfolgen auf:

Tab. 1: Unabhängige Variable Verwaltungsqualität WGI – Government Effectiveness (GE), World Bank 2022b

	2004	2006	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020	Median	Rang
BG	58,71	51,71	50,97	54,55	55,45	49,04	56,19	57,14	43,81	53,06	9
EE	80,10	83,90	84,47	82,30	77,25	80,29	81,90	83,33	87,62	82,35	1
CZ	79,10	83,41	79,13	77,03	76,30	81,25	78,57	78,57	78,57	79,11	3
HU	77,11	77,56	73,30	71,77	69,67	72,12	68,57	68,10	70,00	72,02	7
LV	71,64	72,20	69,42	72,73	74,88	77,88	78,10	79,52	76,19	74,73	5
LT	75,12	73,66	70,39	73,68	74,41	78,85	80,48	80,48	81,43	76,50	4
PL	67,16	64,39	67,48	70,81	70,62	74,52	72,38	71,90	64,29	69,28	8
RO	51,24	49,76	43,69	51,20	49,29	62,02	49,52	46,67	41,43	49,42	10
SK	78,11	76,59	77,18	75,12	73,93	75,00	74,76	72,38	69,05	74,68	6
SI	79,60	80,00	83,01	80,86	80,57	79,81	82,86	82,38	84,76	81,54	2

BG: Bulgarien, EE: Estland, CZ: Tschechische Republik, HU: Ungarn, LV: Lettland, LT: Litauen, PL: Polen, RO: Rumänien, SK: Slowakei, SI: Slowenien (Österreichische Nationalbank 2024)

Als weitere unabhängige (Kontroll-) Variable sekundiert der ökonomische Modernisierungsdruck, gemessen anhand der Verschuldung in Relation zur Einwohnerzahl. Unter anderem aus wesentlichen lerntheoretischen Überlegungen lässt sich ablesen, dass ökonomische Voraussetzungen bei staatlichem Wandel vielfach Bedeutung zukommt, besonders was die Stimulation von Transformationen anbelangt (Reiners 2016, S. 17–18). Die Kontrollvariable scheint mit Blick auf den theoretischen Kontext naheliegend, sei es nur um zu belegen, dass die Verwaltungsqualität hohes Gewicht hat. Die gerundeten Daten gestaltet sich wie folgt:

Tab. 2: Unabhängige Kontrollvariable – Verschuldung pro Einwohner in Euro, Länderdaten 2022

	2004	2006	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020	Median
BG	822	778	631	862	1.026	1.509	2.212	1.953	2.531	1.369
EE	295	371	380	556	1.037	1.220	1.493	1.363	3.355	1.119
CZ	2.154	2.668	2.964	4.210	5.315	4.717	5.546	5.384	6.637	4.399
HU	3.873	4.670	5.188	5.981	6.088	6.085	7.787	7.927	9.557	6.351
LV	567	562	1.228	2.604	3.075	3.431	4.510	4.752	5.838	2.952
LT	809	1.011	1.007	2.470	3.456	3.800	4.887	4.631	7.239	3.257
PL	1.948	2.709	3.024	3.876	4.347	4.155	5.506	5.414	6.932	4.212
RO	428	454	595	1.354	1.823	2.231	2.909	3.087	4.686	1.952
SK	2.882	2.626	2.479	3.892	5.462	5.654	7.067	6.903	8.828	5.088
SI	2.996	3.252	2.779	5.124	7.347	11.032	13.893	13.165	15.592	8.353

4.2 Abhängige Variable: Transformation

Operationalisiert wird die Variable durch den BTI (Bertelsmann Stiftung 2022). Die Bertelsmann Stiftung stellt zwei Indizes bereit, den Status-Index, der den Stand der Transformation angibt, und den Management-Index, der die politische Steuerungsleistung der Transformation bewertet. Der Status-Index zeigt, welcher Entwicklungsstand hin zu Demokratie und Marktwirtschaft erreicht ist. Im Unterschied zu enger gefassten Definitionen von Demokratie geht das Demokratieverständnis des BTI darüber hinaus und umfasst weitere Kriterien. Vor diesem Hintergrund ist Demokratie empirisch und funktionell mit der Marktwirtschaft verknüpft, was auf Einwände stoßen mag, denn demokratische und wirtschaftliche Entwicklungen sind nicht immer zwangsläufig aneinander gebunden, wie beispielsweise der Fall China zeigt.

Die Bertelsmann Stiftung hat hinsichtlich der Indizes für jeden erhobenen Zeitraum über 100 Länder untersucht. Für die Studie wird der Status-Index verwendet, weil er Aussagen zulässt, wie weit die Transformation fortgeschritten ist, ohne andere Faktoren einzubeziehen, wie dies beim Management-Index der Fall ist. Der Status-Index bietet somit eine Möglichkeit, die abhängige Variable so zu operationalisieren, dass sie eine ausschließliche Bewertung der Transformation als solche darstellt. Für die Erstellung dieses Index werden fünf politische und sieben wirtschaftliche Kriterien mithilfe von 32 Unterkategorien von ausgewiesenen Länderexperten bewertet. Als Untersuchungseinheiten gelten alle souveräne Staaten, die noch nicht den Status einer konsolidierten Demokratie mit Charakteristiken einer sozialen Marktwirtschaft erreicht haben.

Der Status-Index bildet den Mittelwert der Dimensionen „politische Transformation“ und „wirtschaftliche Transformation“. Die politische Transformation ergibt sich aus dem Mittelwert der Bewertung von fünf politischen Kriterien (Staatlichkeit, politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität demokratischer Institutionen, politische und gesellschaftliche Integration) mit insgesamt 18 Unterkategorien und die wirtschaftliche Transformation aus dem Mittelwert der Bewertung von sieben wirtschaftlichen Kriterien (sozioökonomisches Entwicklungsniveau, Markt- und Wettbewerbsordnung, Geldwert- und Fiskalstabilität, Privateigentum, Sozialordnung, Leistungsstärke der Volkswirtschaft, Nachhaltigkeit) mit insgesamt 14 Unterkategorien.

Um die Gefahr zu minimieren eine Tautologie zu schätzen, weil in den Indizes der unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable teils ähnliche Indikatoren vorhanden sind, wurde beim BTI nur der Status-Index verwendet und dieser bei beiden Kriterien zudem bereinigt. So wurden mit Blick auf die Verwaltungsqualität (GE) beim BTI folgende Kategorien eliminiert: Grundlegende Verwaltungsstrukturen, effektive Regierungsgewalt, Stabilität demokratischer Institutionen und Marktordnung. Mit Blick auf die Verschuldungssituation wurden beim BTI folgende Kategorien herausgerechnet: Sozioökonomische Hindernisse und Leistungsstärke. Weitere Kategorien, die im weitesten Sinne und eventuell übereinstimmend wirken könnten, wurden belassen. In diesem Kontext wurde vielmehr festgestellt, dass weitere Bereinigungen keine zusätzlichen wesentlichen Abweichungen ergeben. Die beiden BTI (unbereinigt und bereinigt) korrelieren hoch miteinander (R^2 0,98). Letztlich ist es nahezu randständig welcher BTI verwendet wird. In der folgenden Tabelle sind die Werte des bereinigten Status-Index dargestellt. Hier ergeben sich folgende gerundeten Indexwerte und Positionen. Die maximale Punktzahl beträgt 10,0 und weist auf eine optimale Transformation hin:

Tab. 3: Abhängige Variable Transformationsstand BTI – Status-Index bereinigt, Bertelsmann Stiftung 2022

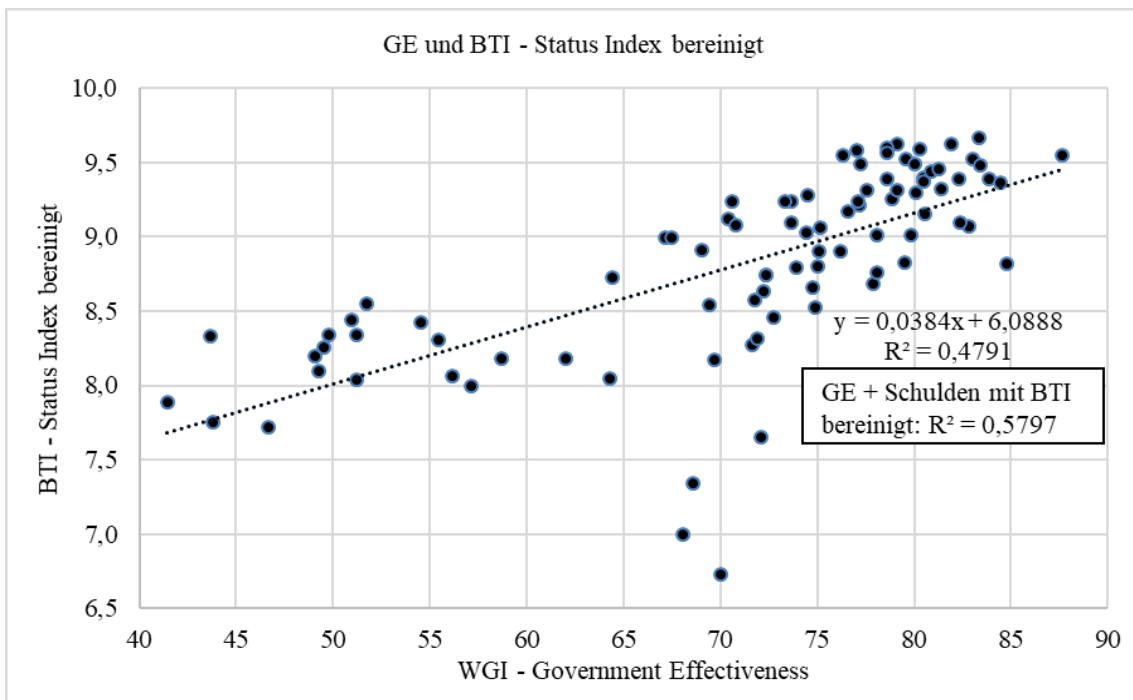
	2006	2008	2010	2012	2014	2016	2018	2020	2022	Median	Rang
BG	8,18	8,55	8,44	8,43	8,31	8,19	8,06	8,00	7,76	8,21	8
EE	9,30	9,39	9,37	9,39	9,49	9,59	9,62	9,66	9,55	9,48	2
CZ	9,32	9,48	9,63	9,58	9,55	9,46	9,60	9,57	9,39	9,51	1
HU	9,24	9,32	9,24	8,58	8,18	7,65	7,34	7,00	6,73	8,14	9
LV	8,28	8,63	8,55	8,45	8,52	8,68	8,76	8,83	8,90	8,62	7
LT	9,06	9,24	9,12	9,10	9,03	9,26	9,40	9,38	9,33	9,21	4
PL	8,99	8,72	9,00	9,08	9,24	9,28	8,74	8,32	8,05	8,82	6
RO	8,04	8,34	8,33	8,34	8,10	8,18	8,26	7,72	7,89	8,13	10
SK	9,01	9,18	9,21	8,90	8,79	8,80	8,66	8,74	8,91	8,91	5
SI	9,52	9,49	9,52	9,44	9,15	9,01	9,07	9,09	8,82	9,24	3

Die in den Tabellen 1 und 3 intervallskalierten Ränge dienen einer erweiterten Sicht und sind hilfreich bei der Ergebnisinterpretation. Vergleicht man demnach die Rangzahlen des GE und des bereinigten BTI anhand der Durchschnittswerte, so ist bereits ersichtlich, dass die jeweiligen Ränge weitgehend beibehalten werden, was die Annahme stützt, dass die Hypothese in die anzunehmende Richtung deuten könnte. Für die Berechnung der multiplen linearen Regression werden sodann die Index-Werte verwendet. Wie die unabhängigen Variablen bzw. die zwei Prädiktoren mit den Werten der abhängigen Variable korrelieren zeigt das folgende Regressionsergebnis.

5. Resultate

Grundlegend für die Resultate sind die Index-Werte. Die Ausprägungen aus der Regressionsanalyse sind zunächst in einem Koordinatensystem aufgeführt. Dies zur besseren Veranschaulichung nur hinsichtlich der dominanten unabhängigen Variable (GE), korreliert mit dem bereinigten BTI, da die unabhängige Kontrollvariable eher randständig zu sein scheint und insbesondere belegt, dass dem GE eine relativ hohe Erklärungskraft zukommt:

Schaubild 1: Ergebnis der Regressionsanalyse im Koordinatensystem, eigene Darstellung



Auf der x-Achse sind die Werte der unabhängigen, auf den y-Achse die der abhängigen Variable eingetragen. Erkennbar ist der positive Zusammenhang zwischen der Verwaltungsqualität und der Transformation. Wie nachfolgend zu sehen ist, spielt die Verschuldungssituation für die Transformation eine marginale Rolle. Dies unterlegt letztlich auch die Erklärungskraft der Verwaltungsqualität als maßgebliche Größe. Die Regressionsgerade zur Qualität der Verwaltung erklärt die differenten Werte relativ gut. Der beschriebene Wert gibt Auskunft über die Stärke des linearen Zusammenhangs. Dieser zeigt insgesamt ein mittelmäßiges Verhältnis (vgl. Atteslander

1995, S. 308). Die Regression liefert im Detail folgende Ergebnisse, dargestellt mit dem bereinigten BTI (Werte auf vier Dezimalstellen gerundet):

Tab. 4: Regressionsstatistik, eigene Darstellung

	GE und Schulden zu BTI bereinigt
Multipler Korrelationskoeffizient	0,7614
Bestimmtheitsmaß R ²	0,5797
Standardfehler	0,4129
Beobachtungen	90
Koeffizient GE	0,0445
Koeffizient Schulden	-6,9107E-05
Prüfgröße F	60,0055
Kritischer F-Wert	4,2013E-17
p-Wert GE	6,0534E-18
p-Wert Schulden	1,6314E-05
Signifikanzniveau	0,05
Bestimmtheitsmaß R ² GE	0,4791
Bestimmtheitsmaß R ² Schulden	0,0059

Für die Regressionsrechnung waren 90 Beobachtungen für zehn Untersuchungseinheiten mit Daten zu neun Zeitpunkten verfügbar. Das Bestimmtheitsmaß (R²) ist elementar für die Interpretation. Dieses ist bei der Verschuldung unbedeutend und unkorreliert (R² von 0,0059). Hinsichtlich der Verwaltungsqualität ist dies anders. Die Korrelation des GE zeigt ein R² von 0,48, beide unabhängigen Variablen zusammen des Weiteren ein R² von 0,58. Der erklärte Anteil der Varianz der abhängigen Variable beträgt beim unbereinigten BTI 0,61. Dieser Wert und die Güte des Regressionsmodells liegen damit im mittleren Bereich, das heißt das statistische Modell erklärt einen größeren Anteil der Varianz der abhängigen Variable. Das Modell erklärt demnach 61% und nach der Bereinigung 58% der Variation der Index-Werte des BTI. Die Unterschiede nach Bereinigung, mit minimal anderen Werten, sind zu vernachlässigen. Die Bereinigung zeigt, dass keine signifikanten Änderungen einhergehen und die Gefahr einer Tautologie nicht wie vermutet auftritt.

Auf andere Regressionsmodelle wurde aufgrund der relativ geringen Grundgesamtheit und der begrenzten Datenmenge verzichtet, was vice versa die gewählte Methode rechtfertigt. Da mit einer relativ geringen Fallzahl operiert wurde scheint es angemessen, mögliche Ausreißer zu betrachten, ob solche Einfluss auf das Gesamtergebnis haben könnten respektive auch auf die Robustheit der Ergebnisse abzustellen. Festzuhalten ist, dass sich in einigen Ländern durchaus der Demokratiestatus negativ verändert haben dürfte. Festzustellen war anhand der Regressionsdaten darüber hinaus, dass rechnerisch als Ausreißer lediglich Ungarn ab dem Jahr 2014 auffällt, demnach mit vier Datensätzen. Rechnet man das Land komplett aus der Analyse heraus, so zeigt dies Auswirkungen auf das Gesamtergebnis (R² 0,74).

Ferner steht in Frage, ob das Regressionsmodell einen signifikanten Erklärungsbeitrag der abhängigen Variable leistet. Hier spielt die Prüfgröße (F) und der kritische F-Wert eine Rolle. Letzterer (4,2013E-17) muss unter der Prüfgröße (60,0055) liegen, was deutlich der Fall ist. Daraus kann geschlossen werden, dass das multiple Regressionsmodell einen statistisch signifikanten Erklärungsbeitrag leistet.

Weiterhin sollten die Regressionskoeffizienten GE und Verschuldung signifikant (p -Wert $<0,05$) sein. Der GE hat einen p -Wert von $6,0534E-18$. Dieser liegt deutlich unter $0,05$. Das Vorzeichen des Koeffizienten GE ist positiv, was bedeutet, dass eine Zunahme der Größe um eine Einheit zu einer Zunahme der abhängigen Variable (BTI) um $0,0445$ Einheiten führt. Der p -Wert bei der Verschuldung liegt bei $1,6314E-05$ ebenfalls unter $0,05$. Das Vorzeichen des Koeffizienten Verschuldung ist mit $-6,9107E-05$ negativ und hat daher einen negativen Einfluss auf die y -Variable, was signalisiert, dass eine Zunahme der Verschuldung um eine Einheit zu einer Reduzierung bei der abhängigen Variable um $-6,9107E-05$ führt. Die Variable BTI kann daher über den GE und die Verschuldung statistisch belegbar hergeleitet werden. Die differierenden p -Werte (GE und Verschuldung) zeigen überdies, dass die Verwaltungsqualität als maßgebliche Größe gilt. Eine Nullhypothese gilt als nicht bestätigt, weshalb von einem statistischen Zusammenhang des GE und der Schulden auf den BTI (Status-Index) auszugehen ist. Die Hypothese gilt ferner als belegt, und dies obwohl Ungarn in der Analyse enthalten ist, was bedeutet, dass die These mit Ungarn bestätigt ist und ohne dieses Land noch eher. Demnach dürfen die Ergebnisse durchaus als robust angesehen werden.

Die Stärke des Effekts, den die Qualität der Verwaltung auf die Transformation ausübt, ist rein numerisch jedoch eher gering, denn der Wert von $0,0445$ zeigt einen schwachen positiven Effekt. Wenn sich der Wert auf der unabhängigen Variable um eine Einheit erhöht, wird eine Veränderung des Werts auf der abhängigen Variable um $0,0445$ vom Modell vorhergesagt. Allerdings ist zu relativieren, dass die Skala der Werte der unabhängigen Variable weiter gefasst ist, als die der abhängigen. Während bei der unabhängigen Variable Werte von circa 41 bis knapp 88 möglich sind, reicht die Spanne bei der abhängigen Variable von circa 6,7 bis 9,7. Dies bedeutet, dass ein Anstieg des Wertes der unabhängigen Variable um zehn Punkte, dem Wert der abhängigen Variable eine Veränderung um knapp 0,5 Punkte prognostiziert, was in Anbetracht der differenten Wertebereiche einen doch relativ ansprechenden Effekt beschreibt.

6. Resümee und kritische Reflexion

Auch wenn die Güte des Regressionsmodells mit einem R^2 von $0,58$ ansprechend ist und sich damit die Hypothese bestätigen lässt, bleiben Fragen offen. Diese offenen, nicht zu beantwortenden Aspekte sind dem fokussierten Untersuchungsdesign geschuldet. Fragen die damit nicht geklärt werden können, weisen darauf hin, dass weitere Variablen wirken. Wie oft erklärt wird, ist ein entsprechender Wert zweier Variablen X und Y alleine noch kein hinreichender Beleg für einen zwingend kausalen Zusammenhang. Durchaus gibt es Raum für alternative und intervenierende Einflussfaktoren auf die Transformation. Komplexe Prozesse lassen sich nicht umfänglich auf einzelne Bestimmungsgrößen zurückführen. Immer resultieren sie aus dem Zusammenwirken mehrerer Akteure und Akteurskonstellationen sowie verschiedener struktureller und institutioneller Bedingungen (vgl. Lorig 2001, S. 207; Reiners 2008, S. 29–31). Nur beispielsweise darf insbesondere vermutet werden, dass die parteipolitische Zusammensetzung der jeweiligen Regierung maßgeblich sein könnte. Allerdings ist eine solche nicht immer von essenzieller Bedeutung, denn der Druck respektive das Begehren hinsichtlich einer Zugehörigkeit zur EU überlagert vielfach parteipolitische Effekte, wie in ähnlichen Fällen bereits evident wurde (vgl. z.B. Plebani und Reiners 2010, S. 234).

Ferner wäre die Qualität des Ergebnisses eingeschränkt, würde man nur mit einer unabhängigen Variable operieren. Daher wurde eine weitere unabhängige Kontrollvariable beigefügt. Auch wenn der Fokus auf die Administration und damit einen einflussreichen und den wohl zentralen Akteur des Regierungskomplexes gerichtet ist, sind unter Umständen als weitere potenzielle Einflussfaktoren die Regierungen zu erwähnen. Sie sind in der Analyse durch die Verflechtung von Verwaltung und Regierung im Regierungskomplex des politisch-administrativen Systems jedoch quasi erfasst. Zudem wird immer auch der Wohlstand bzw. die Wirtschaftskraft eines Landes als Prädiktor genannt (insgesamt Beichelt 2001, S. 32–92; Radosevic 2004, S. 641–666; Gabriel 2008, S. 190–193; Trüdinger 2008, S. 221–223; vgl. Haensch und Holtmann 2008, S. 620–625). Dieser ökonomische Faktor wurde durch die unabhängige Kontrollvariable demnach mitverarbeitet.

Die unabhängige Variable der Verwaltungsqualität stützt sich auf den Indikator Government Effectiveness, der umfänglich deren Qualität, Unabhängigkeit von politischem Druck und die Qualität der Implementation von Policies misst. Er integriert somit per se verschiedene Faktoren und stellt eine ausführliche Einschätzung der öffentlichen Verwaltung bereit, was eine fundierte Analyse gewährleistet und die Einwände einer zu großen Eingrenzung des unabhängigen Variablensets erheblich relativiert. Überdies wurde eine aus dem theoretischen Kontext abgeleitete, weitere Kontrollvariable aufgenommen und eine multiple Regression gerechnet. Noch mehr Kontrollvariablen wären hingegen nicht unproblematisch, weil mit dem Index GE bereits sehr viele Faktoren einbezogen werden und die Gefahr besteht, dass sich Multikollinearität einstellt und die Schätzung instabil respektive ungenauer wird. Insgesamt ist ersichtlich, dass die Verwaltungsqualität eine maßgebliche Größe darstellt und dieser eine relativ hohe Erklärungskraft zukommt. Hingegen hat die Verschuldung kaum Einfluss auf die Transformation. Der Faktor mag, wie anderweitig vielfach nachgewiesen, eher förderlich sein, zu Veränderungsprozessen zu stimulieren, als Auslöser zu wirken oder eine Bereitschaft zu wecken, in Strukturen und Traditionsbestände einzugreifen und eine systemische Lernbereitschaft zu fördern (vgl. nur Reiners 2016, S. 17–18).

Schließlich wird zuweilen auch die Zusammenführung der Indizes des GE und des BTI in einer Korrelationsanalyse kritisiert, denn der WGI-Index baut bei der Dimension GE auch auf den BTI auf (Langbein und Knack 2010, S. 350–370; Kaufmann und Kraay 2023; vgl. auch Wagschal und Jäckle 2009; Brusis 2009). Damit bestehe die Gefahr, eine Tautologie zu schätzen. Allerdings greift der WGI beim BTI vorwiegend auf den Management-Index zurück, der bei der Analyse seitens der abhängigen Variable nicht einbezogen wurde, und weniger auf den hier inkludierten Status-Index. Die Gefahr eines tautologischen Fehlschlusses, durch potenzielle Überschneidungen beider Indizes, wird dadurch erheblich reduziert. Zudem wurde der BTI hinsichtlich beider unabhängigen Variablen bereinigt und eventuell sich überschneidende Faktoren beim BTI herausgerechnet. Weitere ähnliche oder gleiche Indikatoren in den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable scheinen nicht wesentlich gegeben. Die Korrelation mit dem bereinigten BTI offenbart letztlich kein wesentlich anderes Ergebnis, was mögliche Einwände weiter entschärft.

Das Regressionsmodell offenbart die Bestätigung der Hypothese. Eine gut funktionierende und effizient arbeitende öffentliche Verwaltung ist für die Transformation förderlich. Sie hat einen signifikant positiven Einfluss auf die Umgestaltung hin zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft. Statistisch gesprochen lässt sich mit einer „doppelten Verneinung“ argumentieren. Nicht erbracht ist der Nachweis, dass X auf Y keine Auswirkung hat, oder anders – es zeigt sich ein doch zumindest mittelstarkes Indiz, dass X auf Y wirkt. Dieser Effekt spricht für

die Annahme, dass die Verwaltung ein dominanter Akteur bei der Umsetzung von EU-Standards ist. Entsprechend geht damit einher, dass eine funktionierende Verwaltung als elementare Voraussetzung gilt, um einen EU-Beitritt zu bewerkstelligen. Für die weitere Forschung erscheint es empfehlenswert, Untersuchungen in einen größeren Längsschnitt und ein erweitertes Variablen-set einzubetten. Sicherlich wirken auch noch andere Einflüsse. Das Ziel der Untersuchung war jedoch nicht darauf gerichtet alle Einwirkungen in toto auszuleuchten, sondern vielmehr Grundlagen zu legen. Wirkt durch das Vorgehen die Erklärungskraft insgesamt etwas eingeschränkter, so kann und wird die Untersuchung aus ihrer Konstruktion heraus für den weiteren Forschungskontext dennoch fruchtbar und grundlegend wirken.

Die Themen Verwaltung und Transformation bieten genügend Ansatzpunkte für die Forschung. Besonders vor dem Hintergrund der Globalisierung und neuer Managementkonzepte ist die sich vielerorts in einem Wandlungsprozess befindende Administration ein interessanter Untersuchungsgegenstand. Policy-Analysen sowie qualitative und quantitative Analysen, unter anderem der Funktions- und Wirkungsweisen von Verwaltungen, dürfen daher im Hinblick auf die kontinuierliche Modernisierung von Staaten und vor dem Hintergrund europäischer Entwicklungen als Schwerpunkt in der politik- und verwaltungswissenschaftlichen Forschungslandschaft gelten.

Literaturverzeichnis

- Ahrens, Achim, und Joachim Zweynert. 2012. Conditionality or Specificity? Bulgaria and Romania's Economic Transition Performance in Comparative Perspective. *Post-Communist Economies* 24(2):291–307. <https://doi.org/10.1080/14631377.2012.675160>.
- Atteslander, Peter. 1995. *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Balázs, István. 1993. The Transformation of Hungarian Public Administration. *Public Administration* 71:75–88. <https://doi:10.1111/j.1467-9299.1993.tb00966>.
- Bandelow, Nils C. 2014. Policy Lernen. Begriffe und Ansätze im Vergleich. In *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*, Hrsg. Klaus Schubert und Nils C. Bandelow, 341–371. Berlin/Boston: de Gruyter.
- Beichelt, Timm. 2001. Muster parlamentarischer Entscheidungsproduktion in Mitteleuropa. In *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*, Hrsg. Helmuth Wiesenthal, 32–92. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Beichelt, Timm. 2022. Zwischen Transformation und Posttransformation. Entwicklungen seit 1989/91 in Mittel-, Südost- und Osteuropa und Konsequenzen für die Forschung. *APuZ, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung* 72(1/2):40–47.
- Benz, Arthur. 2001. *Der moderne Staat. Grundlagen einer politologischen Analyse*. Munich/Vienna: Oldenbourg.
- Berend, Iván T. 2005. What is Central and Eastern Europe? *European Journal of Social Theory* 8(4):401–416. <https://doi.org/10.1177/1368431005050505>.
- Bertelsmann Stiftung. 2022. Bertelsmann Transformation Index (BTI). Daten BTI 2006–2022 (XLS). Available at <https://bti-project.org/de/methode#Untersuchungsrahmen>.
- Beyme, Klaus v. 1994. *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Biegelbauer, Peter. 2007. Ein neuer Blick auf politisches Handeln. Politik-Lernansätze im Vergleich. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 38(3):231–247.
- Biegelbauer, Peter. 2013. *Wie lernt die Politik? Lernen aus Erfahrung in Politik und Verwaltung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Blokker, Paul. 2005. Post-Communist Modernization, Transition Studies, and Diversity in Europe. *European Journal of Social Theory* 8(4):503–525. <https://doi.org/10.1177/1368431005059703>.
- Böttger, Karin. 2020. Erweiterungspolitik. In *Europa von A bis Z*, Hrsg. Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels und Tekin Funda, 173–178. Wiesbaden: Springer VS.
- Bogumil, Jörg, und Werner Jann. 2009. *Verwaltungs- und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Brusis, Martin 2009. Designing Sustainable Governance Indicators. Assessment Criteria and Methodology. In *Sustainable Governance Indicators*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung, 71–100. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Busch, Berthold, und Jürgen Matthes. 2004. Institutionelle Transformation und wirtschaftliche Performance. *IW-Trends* 31(1):15–20.
- Busch, Berthold, Grömling, Michael, Ritzberger-Grünwald, Doris, Hishow, Ognian N., Hölscher, Jens, Kolev, Stefan, und Joachim Zweynert. 2014. EU-Osterweiterung: eine Bilanz nach zehn Jahren. *Wirtschaftsdienst* 94(5):311–334.
- Cianciara, Agnieszka K. 2019. Polen. In *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Hrsg. Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, 515–518. Baden-Baden: Nomos.
- Damian, Alexandru. 2019. Rumänien. In *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Hrsg. Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, 523–526. Baden-Baden: Nomos.
- Deimel, Johanna (2020). Bulgarien. In *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Hrsg. Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, 501–504. Baden-Baden: Nomos.
- De Munter, André. 2023. Die Erweiterung der Europäischen Union. Kurzdarstellung zur Europäischen Union. *Europäisches Parlament*. Available at <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/167/die-erweiterung-der-europaischen-union>.
- Dogan, Mattei, und Dominique Pélassy. 1984. *How to compare nations*. New Jersey: Princeton University Press.
- Ellison, Brian A. 2007. Public Administration Reform in Eastern Europe. A Research Note and a Look at Bulgaria. *Administration & Society* 39(2):221–232. <https://doi.org/10.1177/0095399706298053>.
- Epstein, Rachel A., und Ulrich Sedelmeier. 2008. Beyond Conditionality. International Institutions in Postcommunist Europe after Enlargement. *Journal of European Public Policy* 15(6):795–805. <https://doi.org/10.1080/13501760802196465>.

- Gabriel, Oskar W. 2008. Politische Einstellungen und politische Kultur. In *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, Hrsg. Oskar W. Gabriel und Sabine Kropp, 181-214. Wiesbaden: VS Verlag.
- Haensch, Peter, und Everhard Holtmann. 2008. Die öffentliche Verwaltung der EU-Staaten. In *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, Hrsg. Oskar W. Gabriel und Sabine Kropp, 606-630. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hall, Peter A. 1993. Policy Paradigms, Social Learning, and the State. *Comparative Politics* 25(3):275-296. <https://doi.org/10.2307/422246>.
- Hall, Peter A., und Rosemary C. R. Taylor. 1996. *Political Science and the Three New Institutionalisms*. Köln: MPIfG Discussion Paper 6.
- Hartmann, Jürgen. 1995. *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein Lehrbuch*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hughes, James, Gwendolyn, Sasse, und Claire Gordon. 2004. Conditionality and Compliance in the EU's Eastward Enlargement. Regional Policy and the Reform of Subnational Government. *Journal of Common Market Studies* 42(3):523-551. <https://doi.org/10.1111/j.0021-9886.2004.00517.x>.
- Ismayr, Wolfgang. 2010. Die politischen Systeme Osteuropas im Vergleich. In *Die politischen Systeme Osteuropas*, Hrsg. Wolfgang Ismayr, 9-78. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Jansen, Dorothea. 2000. *Der neue Institutionalismus*. Speyer: DUV, Antrittsvorlesung vom 27.06.2000.
- Kaiser, André. 1999. Die politische Theorie des Neo-Institutionalismus. James March und Johan Olsen. In *Politische Theorien der Gegenwart*, Hrsg. André Brodocz und Gary S. Schaal, 189-211. Opladen: Leske + Budrich.
- Kaufmann, Daniel, und Aart Kraay. 2023. Worldwide Governance Indicators, 2023 Update (www.govindicators.org). Available at <https://www.worldbank.org/en/publication/worldwide-governance-indicators>.
- Kasekamp, Andreas, und Katja Treichel. 2013. Die baltischen Staaten und die EU. Der steinige Weg von 'außerhalb' zum 'Kern'. *Integration* 36(4):279-290.
- Kühnel, Steffen-M., und Dagmar Krebs. 2006. *Statistik für die Sozialwissenschaften. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek: Rowohlt.
- Langbein, Laura, und Stephen Knack. 2010. The Worldwide Governance Indicators: Six, One, or None? *Journal of Development Studies* 46:350-370. <https://doi.org/10.1080/00220380902952399>.
- Länderdaten. 2022. Schulden und Haushaltsdefizit. Available at [https://www.laenderdaten.info/Europa/xxx/schulden.php#\(xxx:Untersuchungsland\)](https://www.laenderdaten.info/Europa/xxx/schulden.php#(xxx:Untersuchungsland)).
- Libman, Alexander, und Niklas Platzer. 2021. Geschichte, Slawistik und der Rest. Osteuropaforschung in Deutschland. *Osteuropa* 7:133-153.
- Lijphart, Arend. 1975. The comparable cases strategy in comparative research. *Comparative Political Studies* 8(2):158-177. <https://doi.org/10.1177/001041407500800203>.
- Lippert, Barbara. 2020. Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union. In *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Hrsg. Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, 439-448. Baden-Baden: Nomos.
- Löffler, Elke. 1998. *Verwaltungsmodernisierung im internationalen Vergleich. Meßkriterien und Implementationsstrategien in Deutschland, Großbritannien und den USA*. U.a. Speyer: DUV, Diss.
- Lorig, Wolfgang H. 2001. *Modernisierung des Öffentlichen Dienstes. Politik und Verwaltungsmanagement in der bundesdeutschen Parteiendemokratie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Mayer, Franz C., und Jan Palmowski. 2004. European Identities and the EU. The Ties that Bind the Peoples of Europe. *Journal of Common Market Studies* 42(3):573-598. <https://doi.org/10.1111/j.0021-9886.2004.00519.x>.
- Mayntz, Renate, und Fritz W. Scharpf. 1995. Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Hrsg. Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, 39-72. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.). 1996. *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Mill, John S. 1846. *A System of logic, Ratiocinative and Inductive. Being a Connected View of the Principles of Evidence and the Methods of Scientific Investigation*. New York: Harper & Brothers, Publishers.
- Naßmacher, Hiltrud. 1991. *Vergleichende Politikforschung. Eine Einführung in Probleme und Methoden*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Newland, Chester A. 1996. Transformational Challenges in Central and Eastern Europe and Schools of Public Administration. *Public Administration Review* 56(4):382-389. <https://doi.org/10.2307/976380>.
- Nicolaides, Phedon. 2004. The Political Economy of Multi-tiered Regulation in Europe. *Journal of Common Market Studies* 42(3):599-618. <https://doi.org/10.1111/j.0021-9886.2004.00520.x>.
- Österreichische Nationalbank. 2024. ISO-Code-Verzeichnis für Länder- und Währungs_codes. Available at <https://www.oenb.at/Statistik/Klassifikationen/ISO-Codes/ISO-Code-Verzeichnis-fuer-Laender--und-Waehrungscodes.html>.

- Ostrom, Elinor. 2008. Doing institutional analysis. Digging deeper than markets and hierarchies. In *Handbook of new institutional economics*, Hrsg. Claude Ménard und Mary M. Shirley, 819–848. Dordrecht: Springer.
- Papadimitriou, Dimitris, und David Phinnemore. 2004. Europeanization, Conditionality and Domestic Change. The Twinning Exercise and Administrative Reform in Romania. *Journal of Common Market Studies* 42(3):619–639. <https://doi.org/10.1111/j.0021-9886.2004.00521.x>.
- Peters, Guy B. 2019. Institutional Theory in Political Science. The New Institutionalism. Perspectives from Central and Eastern Europe. *Journal of Public Administration and Policy* 12(2):281–285. <https://doi.org/10.2478/nispa-2019-0024>.
- Pippan, Christian. 2004. The Rocky Road to Europe. The EU's Stabilisation and Association Process for the Western Balkans and the Principle of Conditionality. *European Foreign Affairs Review* 9(2):219–245. <https://doi:10.54648/EERR2004014>.
- Plebani, Arard, und Markus Reiners. 2010. Ausbreitung der Privatisierungspolitik in der OECD und EU. *Verwaltung und Management* 16(5):227–235. <https://doi.org/10.5771/0947-2010-5>.
- Przeworski, Adam, und Henry Teune 1982. *The Logic of Comparative Social Inquiry*. Reprint. New York: R.E. Krieger.
- Radosevic, Slavo. 2004. A Two-Tier or Multi-Tier Europe? Assessing the Innovation Capacities of Central and East European Countries in the Enlarged EU. *Journal of Common Market Studies* 42(3):641–666. <https://doi.org/10.1111/j.0021-9886.2004.00522.x>.
- Ragin, Charles C. 1987. *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Reiners, Markus. 2008. *Verwaltungsstrukturereformen in den deutschen Bundesländern. Radikale Reformen auf der Ebene der staatlichen Mittelinstanz*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Reiners, Markus. 2013. A Comparison of Transition Capacities of New EU Countries. Public Administration as a Key Influence in Democratic and Economic Change. *International Journal of Public Administration* 36(11):780–790. <https://doi: 10.1080/01900692.2013.795157>.
- Reiners, Markus. 2016. *Modernisierung des Staates und Policy-Lernen als integriertes Konzept*. Hannover: Univ., UB und Frankfurt/Leipzig: Deutsche Nationalbibliothek.
- Reiners, Markus. 2025. Importance of the quality of Public Administration for Europeanization. *Journal of Comparative Politics* 18(2), 24–38.
- Rice, Erik M. 1992. Public Administration in Post-Socialist Eastern Europe. *Public Administration Review* 52(2):116–124. <https://doi.org/10.2307/976464>.
- Rose, Richard. 1993. *Lesson-Drawing in Public Policy. A Guide to Learning across Time and Space*. Chatham: Chatham House.
- Rose, Richard. 2004. *Learning from Comparative Public Policy. A practical guide*. London: Routledge.
- Sabatier, Paul. A., und Hank C. Jenkins-Smith. 1993. *Policy Change and Learning. An advocacy coalition approach*. Boulder, Co: Westview Press.
- Sandschneider, Eberhard 1995. *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Sapper, Manfred, Weichsel, Volker und Vladimír Handl. 2023. Schlüsselland Tschechien. Politik und Gesellschaft in der Mitte Europas. *APuZ, Aus Politik und Zeitgeschichte*. Available at <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/519958/schluesselland-tschechien/>.
- Scharpf, Fritz W. 2000. *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schimmelfennig, Frank. 2007. European Regional Organizations, Political Conditionality, and Democratic Transformation in Eastern Europe. *East European Politics and Societies* 21(1):126–141. <https://doi.org/10.1177/0888325406297131>.
- Schimmelfennig, Frank, und Ulrich Sedelmeier. 2004. Governance by Conditionality. EU Rule Transfer to the Candidate Countries of Central and Eastern Europe. *Journal of European Public Policy* 11(4):661–679. <https://doi.org/10.1080/1350176042000248089>.
- Schlittgen, Rainer. 2008. *Einführung in die Statistik. Analyse und Modellierung von Daten*. München: Oldenbourg.
- Schuppert, Gunnar Folke. 2000. *Verwaltungswissenschaft. Verwaltung, Verwaltungsrecht, Verwaltungslehre*. Baden-Baden: Nomos.
- Seibel, Wolfgang. 2016. *Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung*. Berlin: Suhrkamp.
- Sedelmeier, Ulrich. 2008. After Conditionality. Post-Accession Compliance with EU Law in East Central Europe. *Journal of European Public Policy* 15(6):806–825. <https://doi: 10.1080/13501760802196549>.
- Trüdinger, Eva-Maria. 2008. Die Europäische Integration aus Sicht der Bevölkerung. Akzeptanz trotz Vielfalt? In *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, Hrsg. Oskar W. Gabriel und Sabine Kropp, 215–235. Wiesbaden: VS Verlag.

- Vatter, Adrian. 2002. *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wagschal, Uwe, und Sebastian Jäckle. 2009. The Sustainable Governance Indicators in Cross-national Comparison. In *Sustainable Governance Indicators*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung, 101–144. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.). 2001. *Shaping Change – Strategies of Transformation. Results of the International Survey*. Gütersloh: Bertelsmann Foundation Publishers.
- Wiesenthal, Helmut. 2001. Einleitung. Systemtransformation als Theorientest. In *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*, Hrsg. Helmut Wiesenthal, 9–31. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Willershäusen, Claudia. 2002. *Zerfall der Sowjetunion. Staatenachfolge oder Identität der Russländischen Föderation*. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Worldbank. 2022a. Government Effectiveness. Available at <https://www.worldbank.org/content/dam/sites/govindicators/doc/ge.pdf>.
- Worldbank. 2022b. Worldwide Governance Indicators. Available at <http://info.worldbank.org/governance/wgi/index.asp>.
- Zintl, Reinhard. 1998. Akteurzentrierter Institutionalismus – eine Bilanz. *Soziologische Revue* 21(1):295-299. <https://doi.org/10.1524/srsr.1998.21.3.295>.